



Die Grafik zeigt einen Entwurf der Kita Neu Hagen.

Foto: op. Architekten Oldenburg, Plesse, BDA im Auftrag der Lüwobau GmbH

Die neue Kita und der Verkehr

Projekt sorgt bei Anwohnern für Kritik. Ausschuss stimmt für die Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Der Bedarf an Kita- und Krippenplätzen ist in Lüneburg groß, denn die Stadt ist Zugzugsgebiet und viele Familien haben drei Kinder. Durch Neu- und Erweiterungsbauten hat die Stadt bereits für eine gute Versorgungsquote gesorgt. Doch für den Stadtteil Kaltenmoor braucht es noch dringend Plätze. Deshalb soll auf der Grünfläche vor dem Freibad Hagen eine neue Kita entstehen. Doch davon ist mancher Anwohner nicht begeistert. Unter anderem wird befürchtet, dass dies zu zusätzlichem Verkehr führt. Zu Kritik-

punkten, die bei einer Bürgerversammlung in der vergangenen Woche geäußert worden waren, nahm Oberbürgermeister Ulrich Mäde im Bauausschuss Stellung. Dort votierte die Politik einstimmig für die Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Stadt hatte zuvor mehrere Standorte geprüft

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Kindertagesstätte Neu Hagen“ war bereits Ende März erfolgt. Die Stadt hatte zuvor mehrere Standorte geprüft, die Wahl war schließlich auf das Grundstück an der Ecke Schützenstraße/Richard-Brauer-Straße gefallen, das in städtischem Besitz ist. Der Grund: Die Kita wäre fußläufig, per Rad oder Bus gut für Kinder aus dem Einzugsbereich zu erreichen. Entstanden soll ein eineinhalb- bis zweigeschossiges Gebäude, in dem drei Elementar- sowie drei Krippengruppen und ein famili-

enzentrum Platz finden sollen. Die Lüneburger Wohnungsbau GmbH wird das Gebäude errichten, die Stadt es mindestens 25 Jahre mieten.

Das Projekt hatte die Stadt bei einer Bürgerversammlung vorgestellt. Dort habe es für Diskussionen gesorgt, meinte Mäde im Ausschuss. Anwohner sprechen von scharfer Kritik. Die entzündet sich daran, dass schon jetzt der Verkehr im Sommer, wenn Besucher von nah und fern ins Freibad strömen, stark ist. Auf der Suche nach Parkplätzen sei in den umliegenden Straßen auch alles zugeparkt. Wenn nun Stellplätze vorm Freibad für den Bau der Kita entfallen würden, befürchten Anwohner erst recht Chaos. Der Oberbürgermeister hielt dagegen, dass es im Jahr nur einige Tage mit Spitzenzeiten gebe. Die künftigen 150 Parkplätze (derzeit 200) seien auskömmlich.

Mehr Verkehr befürchten Anwohner, weil Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Kita fahren.

Mäde machte dazu nun auch im Ausschuss deutlich, dass „60 Prozent der Kinder aus dem Gebiet kommen“. Die meisten Eltern würden ihre Kinder per Fahrrad oder Lastenrad bringen und abholen. Gleichwohl kündigte er für Mai eine erneute Verkehrszählung an. Der eigentlich für März geplante Start des Bauprojekts werde deshalb auf Ende Mai/Juni verschoben. Ein weiterer auf der Bürgerversammlung geäußelter Wunsch sei gewesen, dass Gebäude zu drehen. Derzeit ist es so konzipiert, dass der Spielplatz hinter dem Gebäude gen Süden ausgerichtet ist. Wird es gedreht, läge er gen Norden und gegenüber der Wohnbebauung. Die Verwaltung will den Vorschlag prüfen.

Kompromisse finden im Sinne der Anwohner

Wolf von Nordheim (Grüne) plädierte dafür, die Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes zu verschieben, um Vorschläge aus der Bürgerversammlung zu

sichten und gegebenenfalls einzuarbeiten. Das lehnten die Ausschussmitglieder mehrheitlich ab. Heiko Meyer (parteilos) sprach von einem optimalen Standort für das Projekt, weil es einen großen Bedarf im Viertel gebe. Wichtig sei, nach vorne zu gehen und auch Kompromisse zu finden im Sinne der Anwohner. Christel John (CDU) steht „voll zur Kita“.

Zwar würde es dadurch weniger Parkplätze geben, „aber wir brauchen Kita-Plätze“. Auch Birte Schellmann (FDP) und Eduard Kolle (SPD) finden die Planungen optimal. Auch bei der Kita am Ochtmisser Kirchsteig habe es unter anderem Bedenken wegen des Bringens und Abholens mit dem Auto gegeben, „Inzwischen hat sich das zurecht gerückt“, meinte Kolle.

Im Rahmen der Auslegung können Bürger nun Einwände und Anregungen einbringen, die dann die Stadt abwägt und gegebenenfalls in den Bebauungsplan aufnimmt.